



AVUS-Sanierung: CDU befürchtet Verkehrschaos im Grunewald

Dreijährige Bauarbeiten beginnen im Frühjahr



© Rainer Sturm / pixelio.de

Die Berliner AVUS soll nach dem Winter zwischen Dreieck Funkturm und Spanischer Allee komplett saniert werden. Derzeit werden die Angebote für die umfangreichen Bauarbeiten geprüft. Stadteinwärts wird bald nur noch eine Spur zur Verfügung stehen. Staus und andere Behinderungen sind unausweichlich; die CDU-

Fraktion in der BVV befürchtet außerdem eine erhebliche Belastung der Anwohner entlang der ausgewiesenen Umleitung über Clayallee und Hohenzollerndamm.

Stefan Evers, Verkehrsexperte der CDU Charlottenburg-Wilmersdorf, warnt vor einer Verdrängung des Schwerlastverkehrs auf die offizielle Ausweichroute. „Die ausgewiesene

Umleitung ist schon heute hoch belastet und kaum in der Lage, zusätzlichen Verkehr in diesem Umfang aufzunehmen.“ Es drohe der Verkehrskollaps am Roseneck. Die Verkehrsverwaltung müsse deshalb alles daran setzen, zumindest den LKW-Verkehr aus den Wohngebieten herauszuhalten. „Auch die Dauer der Sanierung ist eine

Zumutung. Es muss möglich sein, die Bauarbeiten an sieben Tagen der Woche rund um die Uhr durchzuführen. Zumindest dort, wo keine Anwohner von Baulärm betroffen sind“, fordert der Bezirksverordnete. Die CDU hat den Senat außerdem aufgefordert, in der Nähe von Wohngebieten im Rahmen der Autobahnsanierung sogenannten ‚Flüsterasphalt‘ aufzubringen. „Eine Sanierung ohne Verbesserung des Lärmschutzes wird es mit uns nicht geben.“

Von der Bahn erhofft sich Evers eine spürbare Verdichtung des Angebots auf den parallel zur AVUS verlaufenden Linien S1 und S7 sowie bei den Regionalexpresszügen zwischen Potsdam und Berlin. „Der öffentliche Nahverkehr muss als Alternative zum Auto auf dieser Strecke deutlich attraktiver werden, mindestens für die Zeit der Bauarbeiten.“ Unterdessen rät der Berliner ADAC ortskundigen Autofahrern dazu, die offizielle Umleitung zu meiden und insbesondere während des morgendlichen Berufsverkehrs individuelle Schleichwege für den Weg in die Stadt zu wählen.

Loch an Loch und es hält noch...

Aber wie lange noch?

Kommentar von Klaus-Dieter Gröhler, Baustadtrat von Charlottenburg-Wilmersdorf



Nein, die Umschreibung „Loch an Loch - und es hält noch“ ist kein Werbeslogan für Schweizer Käse, sondern die traurige Wirklichkeit der Berliner Straßenfahrbahnen. Dieser Winter ist noch nicht vorbei, trotzdem sind die Straßenschäden schon jetzt unübersehbar und insbesondere beim Durchfahren fühlbar.

Schnee, Salz, Tauwasser und Frost haben die ohnehin maroden Fahrbahnen weiter geschädigt. Der Winterdienst hat auch Schäden auf den Gehwegen verursacht. Normalerweise könnten die Tiefbauämter die Schäden im Frühjahr wieder beseitigen und das Problem wäre im Griff. Da aber in Berlin seit vielen Jahren die Straßenunterhaltung durch die Haushaltskürzungen des Senats immer weiter zusammengestrichen worden ist, führt der schleichende Substanzverlust zu einem Schadensumfang, der kaum noch beherrschbar ist.

Inzwischen würden allein in Charlottenburg-Wilmersdorf 100 Mio. Euro benötigt, um die Straßen (also auch Geh- und Radwege) in Ordnung zu bringen. Hochgerechnet auf ganz Berlin bedeutet das einen Finanzbedarf von 1 Milliarde Euro. Der City-Bezirk benötigt jährlich zwischen 5 und 7 Mio. Euro, um sein über 400 km langes Straßennetz überhaupt auf dem Ist-Zustand zu halten. Tatsächlich hat er etwas über 2 Mio. Euro zur Verfügung, u.a. deshalb, weil die rot-rot-grüne Mehrheit in der BVV den Haushaltsansatz für die Straßenunterhaltung (wie in den Vorjahren) um 20% abgesenkt hat.

Inzwischen dämmert es jedoch vielen Berlinerinnen und Berlinern, dass schlechte Straßen kein Schönheitsfehler sind, sondern die Verkehrssicherheit berühren. Außerdem ist ein marodes Straßennetz kein Aushängeschild für den Wirtschafts-

(Fortsetzung auf Seite 6)

Frank Henkel tritt gegen Wowereit an

Der Landesvorstand und das Präsidium der Berliner CDU haben den Landes- und Fraktionsvorsitzenden Frank Henkel einstimmig als Spitzenkandidaten für die Berliner Abgeordnetenhauswahl am 18. September 2011 vorgeschlagen.

Für den 47-jährigen Politiker, der 1981 mit seiner Familie aus Ostberlin in den Westen der Stadt ausreiste, ist Berlin nicht nur eine politische Aufgabe, sondern eine Herzensangelegenheit: „Ich will meiner Stadt etwas zurückgeben, Verantwortung übernehmen“, erklärte Henkel. Vor allem wolle er sich um die zahlreichen Probleme Berlins kümmern, die der rot-rote Senat in den vergangenen zehn Jahren einfach ignoriert habe. Frank Henkel: „Es gibt so viele Berlinerinnen und Berliner, die tagtäglich mit unkoordinierten Baustellen und maroden Straßen kämpfen. Die leiden,

weil ihre S-Bahn nicht fährt, die vor einer Bildungspolitik verzweifeln, in der über eine halbe Million Unterrichtsstunden ausfallen. Und die sich fragen, warum das, was ihnen von diesem Senat als gelungene Integration verkauft wird, vor der eigenen Haustür ganz anders aussieht!“ Diese Probleme müssten

„an der Wurzel gepackt“ werden. „Ich will den liberalen Geist unserer Stadt bewahren, aber ich will da aufräumen, wo es nicht funktioniert. Gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern“, sagte Henkel. Die Berliner CDU habe sich in den vergangenen zwei Jahren sehr intensiv der inhaltlichen Arbeit gewidmet

und biete klare Alternativen zur rot-rot-grünen politischen Konkurrenz, erklärte Henkel. So kämpfe die CDU für den Erhalt der Gymnasien und gegen die Schüler-Lotterie, für mehr Lehrer an den Schulen und Polizisten auf der Straße. „Es wird Zeit, dass sich was ändert in unserer Stadt“, so Henkel.



Frank Henkel, Landes- und Fraktionsvorsitzender der Berliner CDU

© Reitze

Häusliche Gewalt



Bürgerdienste-Bezirksstadtrat Joachim Krüger (CDU) setzt ein Zeichen gegen häusliche Gewalt.

Häusliche Gewalt gegen Frauen, aber auch gegen Männer, hat eine zahlenmäßig erschreckende Dimension angenommen. Aktuelle Untersuchungen stellen fest, dass 33% aller Frauen und 30% aller Männer häuslicher Gewalt ausgesetzt sind.

Menschen, die häusliche Gewalt ertragen müssen, bringen zumindest zeitweise die Auswirkungen dieser Problematik in Form von Gesundheitsschädigungen und psychologischen Beeinträchtigungen mit an ihren Arbeitsplatz. Noch immer ist die Gesamthematik gesellschaftli-

chen Tabus unterlegen; Scham und vermeintliches Eigenversagen stehen einer offenen Gesprächsatmosphäre noch immer entgegen, zumal Gewaltausübung ein breites Spektrum von der physischen Gewalt bis hin zu subtilen Formen psychischer Gewaltausübung umfasst.

Die bezirkliche Gleichstellungsbeauftragte Christine Rabe hat gemeinsam mit „TERRE DES FEMMES“ und dem Bezirksamt im Zusammenspiel mit der Firma Tengelmann (Kaisers) über Jahre hinweg die Aktion „Gewalt kommt

nicht in die Tüte“ mit gestaltet. Stadtrat Joachim Krüger (CDU) und mehrere Bezirksverordnete der CDU, unter ihnen Marion Halten-Bartels und Anita Gnelinski haben regelmäßig an diesen Aktionen im Backshop einer Kaisers-Filiale teilgenommen.

Auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf ist die Anti-Gewalt-Kampagne aufgegriffen worden. Per Information über die Rechner (Bildschirmschoner), bei Fortbildungsveranstaltungen und auf den regelmäßig stattfindenden Gesundheitstagen sorgten der CDU-Stadtrat und die Gleichstellungsbeauftragte dafür, dass diese Thematik ihren Tabu Charakter verloren hat. Eine Umfrage von „TERRE DES FEMMES“, an der viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rathauses teilgenommen haben, zeigte jetzt deutlich, dass das Problembewusstsein und der Informationsstand erheblich gewachsen sind. Derzeit ist Stadtrat Krüger dabei, die Anti-Gewalt-Kampagne im Rahmen seiner Ehrenamtstätigkeit auf den Sozialverband Deutschland (SoVD) auszudehnen. Denn, so Krüger, häusliche Gewalt gibt es auch unter älteren Menschen!

CDU-Fraktion kämpft gegen Radfahren ohne Licht

Tausend Gutscheine für kostenlosen "Licht-Check" im Bezirk verteilt

Eine Große Anfrage der CDU-Fraktion hat ergeben, dass das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf nach wie vor keine klare Strategie für mehr Sicherheit im Straßenverkehr verfolgt. Prävention und Aufklärung bleiben in Ansätzen stecken, Ordnungswidrigkeiten werden zu selten geahndet.

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU, Stefan Evers, hielt der Verkehrstadträtin Martina Schmiedhofer (Bündnis 90/Die Grünen) vor, angesichts einer rücksichtslosen Minderheit kapituliert zu haben.

Beunruhigt ist die CDU beispielsweise über die hohe Zahl von Radfahrern, die in der dunklen Jahreszeit ohne Licht oder auf Gehwegen mit zum Teil unangemessener Geschwindigkeit unterwegs seien. „Diese Radfahrer bringen vor allem Fußgänger, aber auch sich selbst in Gefahr, und sie schaden der Akzeptanz des Radverkehrs insgesamt. Hier sind Bezirksamt und Senat gefordert. Fußgänger sind die schwächsten Verkehrsteilnehmer, ihr Schutz hat für uns oberste Priorität“, so Evers. Die CDU-Fraktion nimmt das Thema sehr ernst. Sie lässt deshalb in diesen Tagen unter anderem ein Informationsblatt mit Sicherheitshinweisen für Radfahrer drucken und Gutscheine für einen kostenlosen „Licht-Check“ verteilen.

„Gegenseitige Rücksichtnahme ist



Eine funktionierende Bremsen und eine intakte Lichtanlage mindern das Unfallrisiko im Straßenverkehr.

der Grundsatz des Straßenverkehrs. Das gilt für alle Verkehrsteilnehmer - ob auf zwei oder auf vier Rädern. Wir dürfen den Menschen nicht das Gefühl geben, schutzlos der Rücksichtslosigkeit anderer ausgeliefert zu sein. Der öffentliche Raum gehört uns allen und nicht den Egoisten“, stellte Evers in der Debatte klar. Darum erwarte er vom Bezirksamt angesichts beunruhigender Entwicklungen deutlich mehr Engagement. „Es kann auch nicht sein, dass wir Fahrradschutzstreifen einrichten, die wir anschließend nicht zu schützen imstande sind.“ Für ihn ist klar: Wer sein Au-

to in zweiter Reihe auf einem Schutzstreifen parkt, bringt Radfahrer leichtsinnig in Gefahr. Zwei aktuelle Todesfälle in Potsdam machten das Unfallrisiko mehr als deutlich. Trotzdem seien die Streifen vor allem in der Westfälischen Straße oder der Schlüterstraße permanent beparkt. „Offensichtlich sehen sich weder Bezirksamt noch Polizei in der Lage, hier Abhilfe zu schaffen. Wo Schutzstreifen bestehen, müssen sich Radfahrer auch darauf verlassen können.“

Nachrichten aus dem Bezirk

Neuer Personalausweis bringt Probleme mit sich

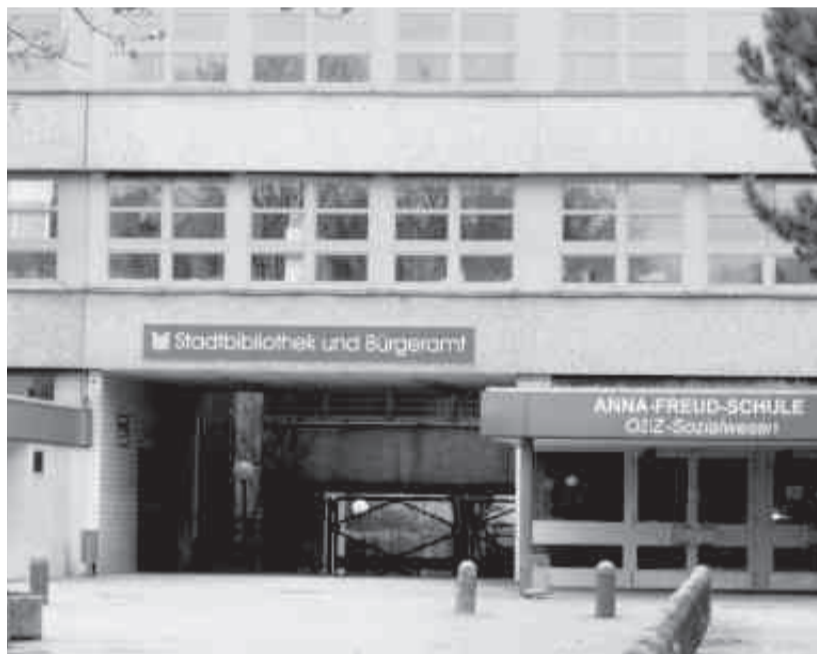
Zwei Monate nach Einführung des neuen elektronischen Personalausweises hat der Berliner Senat noch immer keine spürbaren Konsequenzen aus der zeitlichen Mehrbelastung der Bürgeramtsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter gezogen. Das kritisiert der für die Bürgerämter im Bezirk zuständige Stadtrat Joachim Krüger (CDU) und teilte zugleich mit, dass im November im Bezirk 2447 Anträge auf einen neuen Personalausweis gestellt worden sind.

Ohne personelle Verstärkung wird es in Charlottenburg-Wilmersdorf keine Sonnabendsprechstunden im Bürgeramt Hohenzollerndamm mehr geben. Auch die Außenstelle des Bürgeramtes in der Senioren-

unbrauchbar geworden.

Betroffen von der notwendigen Schließung ist auch die Außenstelle des Bürgeramtes. Zwar war hier der Schaden nicht ganz so groß und es blieben die meisten Geräte verschont, aber ein Arbeiten in den gefluteten Räumen ist vorerst unmöglich. Erst einmal müssen die Räume austrocknen und baulich wiederhergestellt werden.

Die Bürgerinnen und Bürger in Charlottenburg-Nord werden wohl noch einige Zeit auf das Angebot des kieznahen Bürgeramtes verzichten und sich in dringenden Angelegenheiten zum Rathaus Charlottenburg begeben müssen. Das ist mit der U-Bahn zwar schnell und bequem zu erreichen, Wartezeiten sind aber unvermeidlich.



Auf Grund eines Wasserschadens muss die Bürgeramtsaußenstelle im Halemweg geschlossen bleiben.

freizeitstätte Cunostr.1 bleibt weiter geschlossen.

Standesamt Charlottenburg-Wilmersdorf zieht Jahresbilanz 2010

Im Jahr 2010 gaben sich im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf insgesamt 1655 Paare das Ja-Wort. Damit liegt der Bezirk wieder an der Spitze in Berlin. Die beliebtesten Trauorte sind der Intarsienaal im Rathaus Charlottenburg, die Villa Kogge in Alt-Lietzow und das Rathaus Schmargendorf am Berkaer Platz. Der für das Standesamt zuständige Stadtrat Joachim Krüger (CDU) teilte zugleich mit, dass 2010 144 gleich-geschlechtliche Partnerschaften beurkundet wurden.

Charlottenburg-Wilmersdorf zeichnete 2010 einen positiven Geburtentrend: 5.150 Geburten (2009: 4.544) standen 2918 registrierten Sterbefälle gegenüber.

Bürgeramtsaußenstelle Halemweg muss weiterhin geschlossen bleiben

Ein Wasserschaden im Gebäude des Anna-Freud-Oberstufenzentrums am Halemweg in Charlottenburg-Nord sorgt für Verdruss: Die Stadtebibliothek wurde schwer in Mitleidenschaft gezogen, sie ist nicht benutzbar und viele Bücher sind durch massive Feuchtigkeit

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf richtet zwei Eltern-Kind-Arbeitsplätze ein

In enger Abstimmung mit der örtlichen Personalvertretung sind bei der Bezirksverwaltung Charlottenburg-Wilmersdorf zwei Eltern-Kind-Arbeitsplätze im Dienstgebäude Fehrbelliner Platz 4 eingerichtet worden. Damit reagiert nach Auskunft des zuständigen Personalstadtrats Joachim Krüger (CDU) das Bezirksamt auf eine immer wieder auftretende Notsituation, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter während der Dienstzeit ihr Kind nicht wie gewohnt in der Kita oder bei Familienangehörigen unterbringen können und dann im Dienst fehlen müssen.

Mit der kindgerechten Ausstattung der beiden Arbeitsplätze macht der Bezirk ein in der Berliner Verwaltung noch seltenes Angebot.

Charlottenburg-Wilmersdorf gehört damit zu den Vorreitern bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und macht gleichzeitig deutlich, dass von einer solchen Möglichkeit Beschäftigte und Arbeitgeber gleichermaßen profitieren können. In diesem Falle sind Nachahmer/-inne ausdrücklich erwünscht!!

Olivaer Platz: SPD ignoriert Ergebnis der Bürgerbeteiligung

CDU wünscht sich einen offenen Ideenwettbewerb



Baustadtrat von Charlottenburg-Wilmersdorf Klaus-Dieter Gröhler (CDU)

Die SPD-Fraktion konnte es nicht abwarten. Noch bevor die Anwohner ihre Wünsche und Ideen in der zweiten Bürgerversammlung zum Thema „Platzgestaltung“ diskutieren konnten, brachte sie ihren eigenen Antrag dazu in die BVV ein. Für die CDU ein politischer Skandal: „Für die SPD stand das Ergebnis der Bürgerbeteiligung wohl von Anfang an fest. So kann man mit den Anwohnern nicht umgehen“, meint CDU-Bürgermeisterkandidat Klaus-Dieter Gröhler.

Zwei Bürgerversammlungen zur Umgestaltung des Olivaer Platzes hat das sogenannte „Regionalmanagement“ im Amerikahaus durch-

geführt. Während im Mittelpunkt der ersten Veranstaltung das Thema „Verkehr“ stand, sollte sich die zweite Versammlung ausschließlich mit dem Thema „Platzgestaltung“ befassen. Doch es kam anders, denn die weitaus meisten Wortmeldungen drehten sich wieder um die Frage der Parkplätze auf dem Olivaer Platz. Hitzige Diskussionsbeiträge machten auch diesmal deutlich, wie unversöhnlich sich motorisierte Anwohner und die wenigen Befürworter einer autofreien Innenstadt gegenüber stehen. „Wären wir in der Schule, würde ich sagen: Thema verfehlt“, meinte anschließend kopfschüttelnd ein CDU-Bezirksverordneter.

Schließlich habe man über die Notwendigkeit von Parkständen schon einen Abend lang diskutiert. Für die CDU ist klar, dass man angesichts des hohen Parkdrucks im Kiez auf den Parkplatz nicht völlig verzichten kann.

Sie will durch eine Neuaufteilung der Fläche und eine behutsame Verringerung von Stellplätzen auf dem Platz die Grünfläche erweitern und den Platz attraktiver machen.

Nachdem es abschließend doch noch zu einigen Wortmeldungen zur Platzgestaltung kam, wurden auch hier große Gegensätze deutlich. So gab es beispielsweise keine Einigkeit darüber, ob ein historisierender Entwurf, die Nachgestaltung der 60er Jahre oder ein zeitgenössisches Landschaftsdesign der Neugestaltung zugrunde liegen soll. Die CDU wünscht sich nun einen möglichst offenen Wettbewerb, der eine große Bandbreite an Gestaltungsmöglichkeiten aufzeigen soll. Architekten und Landschaftsgärtner sollen dabei ihre Vorschläge einbringen können. Anschließend will die CDU die Anwohner per Fragebogen beteiligen, um den beliebtesten Entwurf zu ermitteln.

Bürgerbegehren zum Erhalt der Ku'Damm-Bühnen ist gescheitert



Die Ku'damm-Bühnen sind beliebt – und das nicht nur bei den Berlinerinnen und Berlinern. Bereits in 3. Generation stehen die Wölffer-Bühnen für niveauvolle Unterhaltung der leichten Art. Seit geraumer Zeit sind sie in ihrem Bestand bedroht – aus den unterschiedlichsten Gründen. Einerseits haben es Privattheater ohne staatliche Zuschüsse generell finanziell schwer, andererseits haben die Bauplanungen für das heruntergekommenen Ku´Damm Karree die Theater nicht immer liebevoll behandelt. Da sie aber nicht unter Denkmalschutz stehen gibt es auch keine Bestandsgarantie. Also bildete sich eine engagierte Gruppe von Menschen unterschiedlichsten Interesses die vor allem eines einte – sie wollten die Ku´damm-Bühnen unbedingt erhalten. Dazu initiierten sie ein Bürgerbegehren und sammelten ausreichend Unterschriften für den

nun folgenden Bürgerentscheid. Die Bürgerinnen und Bürger des Bezirks sollten nach ihrer Meinung befragt werden. Seit dem 15. Dezember war der Bürgerentscheid in vollem Gange.

Von den 237 918 Wahlberechtigten mussten 15 %, also 35 688 Einwohnerinnen und Einwohner des Bezirks, an der Abstimmung teilnehmen, damit sie gültig war. Nur wenn dann mehr als die Hälfte von ihnen, zumindest also 17 845, dem Bürgerbegehren zustimmten, wäre es erfolgreich.

Am Sonntag, dem 16.1.2011, waren 88 Abstimmungslokale von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Freiwillig tätige aktive Bürgerinnen und Bürger waren als Abstimmungshelferin-

nen und -helfer dort im Einsatz. Dazu kamen viele Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes, die vor allem auch bei der Auszählung der Briefabstimmung eingesetzt waren.

Um 19.28 Uhr lag dann das endgültige Ergebnis vor: Zwar hatten sich 29 401 Menschen, d.h. 90,54 % der Abstimmenden für den Erhalt der Bühnen ausgesprochen, aber mit einer Gesamtbeteiligung von 13,68 % wurde das notwendige Quorum nicht erreicht, der Bürgerentscheid war damit nicht erfolgreich.

Hoffen wir, dass im Ergebnis wenigstens der Bestand eines Theaters am Kurfürstendamm dauerhaft gesichert werden kann!



In Zukunft wird es nur noch eine Ku'Damm-Bühne geben.

Schlagzeilen aus dem Bezirksparlament



Rathaus Wilmersdorf am Fehrbelliner Platz

„JÜL mit Gefühl“

Unter dieser Überschrift hatte die CDU-Fraktion schon vor geraumer Zeit einen Antrag eingebracht, der eine jährliche Evaluation betreffs der Schülerleistungen, der Elternakzeptanz sowie der Lehrbelastung an den Grundschulen des Bezirks forderte, die das Jahrgangsübergreifende Lernen (JÜL) praktizieren. Man sollte meinen, eine solche Evaluation einer eingeführten Lernform sollte eine Selbstverständlichkeit sein, insbesondere da die CDU-Fraktion mit dieser Forderung die Beobachtungen und Erfahrungen der betroffenen Lehrer und El-

90/Die Grünen), über die Wohnungslosen- und Kältehilfe in unserem Bezirk berichten lassen. Auch in unserem Bezirk sind immer mehr Menschen auf Hilfsangebote angewiesen, während gleichzeitig die finanziellen Zuschüsse für die bestehenden Projekte gekürzt werden. Die CDU-Fraktion wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass, trotz Haushaltssperre und unzureichender finanzieller Zuweisungen von Seiten des Senats an die Bezirke, die Belange der Obdachlosen und Hilfebedürftigen in unserem Bezirk berücksichtigt werden.



Können die Anwohner des Horstwegs bald auf weniger Straßenlärm hoffen?

tern aufgriff. Der Antrag wurde jedoch von der rot-rot-grünen Mehrheit der BVV abgelehnt.

Die Mehrheit unseres Bezirks scheint der Realität an den Schulen jedoch hinterher zu hinken.

In der Woche nach der Antragsablehnung in der BVV kündigte Berlins Schulsenator Jürgen Zöllner (SPD) die Evaluation für Grundschulen mit JÜL an. Er griff darüber hinaus die Forderung der CDU auf, Kriterien zu benennen unter welchen spezifischen Bedingungen eine Grundschule das JÜL-Modell auch wieder verlassen kann.

Endlich behindertengerechter Aufzug am U-Bahnhof Richard – Wagner – Platz

Auf Initiative der CDU-Fraktion hat die BVV das Bezirksamt aufgefordert, sich bei der BVG für die Errichtung einer behindertengerechten Aufzugsanlage am U-Bahnhof Richard-Wagner-Platz einzusetzen.

Informationen zur Wohnungslosen- und Kältehilfe

Die CDU-Fraktion hat sich in einer Großen Anfrage von der zuständigen Bezirksstadträtin für Soziales, Martina Schmiedhofer (Bündnis

Veloroutenführung und Verkehrsberuhigung im Horstweg

Ein von der CDU-Fraktion eingebrachter Antrag „Veloroutenführung und Verkehrsberuhigung im Bereich Knobelsdorffstraße / Horstweg in Einklang bringen“ ist zur Beratung in den zuständigen Ausschuss überwiesen worden. Oberstes Ziel muss es sein, die Interessen aller Anwohner der Umgebung in diesem Ortsteil unseres Bezirks zu berücksichtigen. Eine Verkehrsberuhigung in der einen Straße darf nicht zu einer unzumutbaren Belastung der umliegenden Straßen führen. Folgende Vorschläge hat die CDU deshalb in ihren Antrag aufgenommen:

- Ausweisung der Knobelsdorffstraße zwischen Sophie-Charlotten-Str. und Schlossstr. als Fahrradstraße.
 - Unterbindung der Einfahrt aus der Sophie-Charlotten-Str. in den Horstweg.
 - Überprüfung der Kreuzungsbereiche des Horstwegs auf die Einrichtung von Gehwegvorstreckungen bzw. Anlage von Sperrflächen.
- Hoffentlich wird in den Ausschussberatungen eine für alle Anwohner und Verkehrsteilnehmer zufriedenstellende Lösung erzielt.

Neue Wohngeldbescheide ohne Heizkostenzuschlag

Nach der deutlichen Anhebung der Mietpreisgrenzen und des Wohngeldes ab Januar 2009 fällt ab dem Januar 2011 der Heizkostenzuschlag ersatzlos weg. Wurde bisher der Betrag der Kaltmiete um z.B.: 24 € bei einem Ein-Personen-Haushalt erhöht und damit ein höheres Wohngeld zwischen 6 € und 30 € gewährt, so fällt diese Berechnung seit dem 01. Januar 2011 weg. Wer bereits über einen gültigen Bescheid verfügt, der ins Jahr 2011

hineinreicht, erhält das höhere Wohngeld bis zu dessen Ablauf. Die Bürgerinnen und Bürger, für die der Wohngeldbescheid noch aussteht, erhalten einen Teilbescheid mit Heizkostenzuschlag bis zum 31.12.2010 und einen Teilbescheid ohne Heizkostenzuschlag für die Monate im Jahr 2011. Hintergrund für dieses recht komplizierte Verfahren, so teilte der zuständige Stadtrat Joachim Krüger (CDU) mit, sei eine Gesetzesänderung, die im

Dezember 2010 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde.

„Wir müssen die Folgen dieser aktuellen Bundesgesetzgebung genau beachten, da zu befürchten ist, dass Bürgerinnen und Bürger wegen der Reduzierung des Wohngeldes zum Bezug von Arbeitslosengeld 2 bzw. Grundsicherung gezwungen sein werden. Diese Entwicklung kann nicht das Ziel einer sozial verantwortlichen CDU-Politik sein!“

Berlin - kein Wintermärchen!



© Robert Köhn / pixelio.de

Dank der gesetzlichen Unsicherheiten waren auch dieses Jahr die Räumfahrzeuge eher selten zu sehen und die Bürger durften selbst Hand anlegen.

Eigentlich ist der Winter eine schöne Jahreszeit. Den Berlinerinnen und Berliner vergeht aber langsam die Freude an den verschneiten Monaten, denn diese Stadt scheint für den weißen Flockenwirbel und Frost nicht gemacht zu sein. Ganz abgesehen von dem Problem der S-Bahn führt doch der Winterdienst auf den Geh- und Radwegen häufig zu fast unlösbaren Schwierigkeiten. Nach den Erkenntnissen des Winters 2009/2010 machte sich der Senat an ein neues Winterdienstgesetz. Dieses hatte im ersten Entwurf derart viele handwerkliche Schwächen, dass viel Zeit verging, bis der Entwurf tatsächlich dem Abgeordnetenhaus vorlag. Das Parlament selbst

änderte den Entwurf und viele Winterdienstunternehmen wussten überhaupt nicht, auf welcher gesetzlichen Grundlage sie ihre Verträge abschließen sollten. Zwischen der Veröffentlichung des Gesetzes und dem ersten Schneefall lagen dann auch nur noch wenige Tage.

Wie im Jahr zuvor hatten zahlreiche Unternehmen auch mehr Aufträge entgegengenommen als sie erledigen konnten, immer in der Hoffnung, es wird schon nicht schneien. Da hatten sie ihre Rechnung allerdings ohne den Winter gemacht, und der Ärger war vorprogrammiert. Da das Gesetz die Räumpflicht nunmehr auch dann beim Eigentümer belässt, wenn er

ein Unternehmen mit dem Räumdienst beauftragt hat, wuchs bei vielen privaten und öffentlichen Eigentümern die Sorge. Wie soll zum Beispiel ein Hauseigentümer aus München gewährleisten, dass es vor seinem Haus nicht glatt ist, wenn das beauftragte Unternehmen einfach nicht arbeitet? Was soll das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, das den Winterdienst vor 400 Liegenschaften im Bezirk (Schulen, Friedhöfe, Spielplätze usw.) beauftragt hat, tun, wenn das Unternehmen wenige Tage vor Weihnachten einfach vom Vertrag zurücktritt? Baustadtrat Klaus-Dieter Gröhler (CDU) sah sich innerhalb von Stunden mit dieser unerfreulichen Situation konfrontiert. Durch den Einsatz der Schulhausmeister und Mitarbeiter aus dem Grünflächen- und dem Ordnungsamt konnte die unmittelbare Gefahrenabwehr sichergestellt werden, und glücklicherweise hatte das Bezirksamt im Sommer 50 Besen und Schneeschieber gekauft.

Baustadtrat Gröhler gelang es zwei Tage vor Heilig Abend, das Winterdienstunternehmen zur Wiederaufnahme der Arbeit in Charlottenburg-Wilmersdorf zu bewegen. Für den nächsten Winter wird sich das Bezirksamt eigene Räumfahrzeuge beschaffen, um bei einem möglichen Ausfall des Auftragnehmers gerüstet zu sein. Klar ist jedoch auch schon vor dem Ende dieses Winters: Der Senat hat mit seiner Gesetzesänderung die Situation verschlechtert statt verbessert.

Einbürgerungen

Für 835 Personen konnte 2010 im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf das Einbürgerungsverfahren positiv abgeschlossen werden (2009 waren es 794 Personen). Dies teilt der für die Einbürgerung zuständige Stadtrat Joachim Krüger (CDU) mit. Unter den Herkunftsnationen der Eingebürgerten lagen die Türkei, der Iran, die Ukraine und Bulgarien

an der Spitze. Die Zahl der Eingebürgerten teilt sich in 420 Frauen und 415 Männer auf; darunter sind 128 Kinder. Unter den EU-Bürgerinnen und Bürgern, die neben der neu erworbenen deutschen Staatsbürgerschaft ihre ersterworbene behalten können, rangiert Polen als Herkunftsland mit 37 Einbürgerungen an der Spitze.

Zugleich wurden 2010 mehr als 900 Neuanträge auf Einbürgerung gestellt.

Vier Mal im Jahr werden die jeweils neu Eingebürgerten zu einer Feier in den BVV-Sitzungssaal des Rathauses Wilmersdorf eingeladen, um dort in festlichem Rahmen als deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger begrüßt zu werden.

KULTUR- UND SPORTTERMINE

Siegerehrung des Spiridon-Laufwettbewerbs
Samstag, 5. Februar 2011, 15.00 Uhr
SCC Berlin, Hockeybaude am Mommsenstadion

Tag der Offenen Tür am Heinz-Berggrün-Gymnasium
Freitag, 11. Februar 2011, 10.00 Uhr
Bayernallee 4, 14052 Berlin

Fußball-Oberliga: Tennis Borussia vs. Lichterfelder FC
Freitag, 11. Februar 2011, 19.00 Uhr
Mommsenstadion

Tag der Offenen Tür am Marie-Curie-Gymnasium
Samstag, 12. Februar 2011, 9.00 bis 12.00 Uhr
Weimarische Str. 21, 10715 Berlin

Volleyball-BL der Herren: SCC vs. Generali Haching
Sonntag, 13. Februar 2011, 16.00 Uhr
Max-Schmeling-Halle

Information zur Schulreform und zur Schulwahl, Volkshochschule
Mittwoch, 16. Februar 2011, 18.00 Uhr
Ihr Kind braucht eine gute Schule! Kostenlose Beratung, Anmeldung unter: Tel. 9029-28 871 oder 9029-12 081, Rathaus Charlottenburg (Otto-Suhr-Allee 100), Raum 421a

Abend der Offenen Tür an der 2. Integrierten Sekundarschule
Mittwoch, 16. Februar 2011, 19.00 Uhr
Schloßstr. 55A, 14052 Berlin

Volleyball-BL der Herren: SCC vs. Titans Berg.Land
Sonntag, 20. Februar 2011, 16.00 Uhr
Sömmeringhalle

Zeitmanagement im Haushalt
Donnerstag, 24. Februar 2011, 18.00 Uhr
Veranstaltung der Volkshochschule, Kostenbeitrag 5 €, Anmeldung ist erforderlich unter Tel. 9029-28 871 oder 9029-12 081, Rathaus Charlottenburg (Otto-Suhr-Allee 100), Raum 421a

Fußball-Oberliga: TeBe vs. Torgelower SV Greif
Sonntag, 27. Februar, 14 Uhr
Mommsenstadion

2. BL der Frauen: TeBe vs. Holstein Kiel
Sonntag, 6. März 2011, 14.00 Uhr
Mommsenstadion

Fußball-Oberliga: TeBe vs. Hansa Rostock II
Freitag, 11. März 2011, 19.00 Uhr
Mommsenstadion

Volleyball-BL der Herren: SCC vs. Moerser SC
Mittwoch, 16. März 2011, 19.30 Uhr
Sömmeringhalle

2. BL der Frauen: TeBe vs. 1. FC Lok Leipzig
Sonntag, 20. März 2011, 14.00 Uhr
Mommsenstadion

Vorlesewettbewerb in der Dietrich-Bonhoeffer-Bibliothek
Dienstag, 22. März 2011, 16.00 Uhr
Stadtbibliothek Charlottenburg-Wilmersdorf, 1. Etage, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Volleyball-BL der Herren: SCC vs. VfB Friedrichshafen
Samstag, 26. März 2011, 19.30 Uhr
Max-Schmeling-Halle

Steffel nimmt Pokal für Füchse entgegen

Mannschaft des Jahres 2010 – mit diesem Titel wurden die Füchse Berlin bei der Champions Gala 2010 ausgezeichnet.

Den ersten Platz in der Mannschaftswertung belegten die Erstligisten in der Handball-Bundesliga mit deutlichem Vorsprung. Den Siegerpokal durfte Dr. Frank Steffel, Mitglied im Sportausschuss des Deutschen Bundestags und Präsident der Reinickendorfer Füchse, stellvertretend für den Verein und seine Mannschaft entgegennehmen, die parallel ein Auswärtsspiel absolvierte. In seiner kurzen Ansprache vor 2.500 geladenen Gästen aus Sport, Politik und Wirtschaft betonte der Bundestagsabgeordnete, wie wichtig neben dem Spitzensport der Breiten- und Jugendsport ist. Gerade in Berlin hat der Sport eine hohe gesellschafts- und sozialpolitische Bedeu-



Der Sportpolitiker Frank Steffel scherzt mit der mehrfachen Schwimm-Olympia-Siegerin Britta Steffen.

tung, die wir nicht unterschätzen dürfen. Frank Steffel ist sich sicher: „Auf dem politischen Spielfeld wird die CDU Berlin nächstes Jahr auch 'Mannschaft des Jahres'. Nach dem

Gewinn der Wahlen 2011 wird dann Frank Henkel den Titel entgegennehmen“.

Maßnahmen der S-Bahn zur Krisenbewältigung enttäuschend!

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus Frank Henkel zeigt sich enttäuscht über das Krisenmanagement des Senats bei der S-Bahn.

Das am 6. Januar 2011 von der Verkehrssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) präsentierte Schreiben der Deutschen Bahn zur Bewältigung der S-Bahn-Krise sei enttäuschend. Wieder einmal erklärt die Deutsche Bahn nur, die technischen Probleme bei der S-Bahn lösen zu wollen. Konkretes bleibt sie erneut schuldig. „Dass sich Frau Junge-Reyer offenbar wieder einmal mit vagen Versprechen abspeisen lässt, reiht sich nahtlos ein in die lange Kette des Versagens“, so Henkel.

Fachleute erwarteten mindestens, dass sich die S-Bahn zum Beispiel zur zusätzlichen und schnellstmöglichen Inbetriebnahme von weiteren Fahrzeugen äußert - zumal dies bereits seit mehreren Monaten in Aussicht gestellt worden ist. Außerdem höre man nichts über eine Wiederinbetriebnahme der vierten Werkstatt in Bernau. Henkel erwartet vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit und seiner Verkehrssenatorin, den Druck auf die S-Bahn massiv zu erhöhen. Es muss endlich ein Sanierungsvertrag geschlossen werden, der die S-Bahn dazu zwingt, neue Züge zu bestellen, um die Kapazitäten zu erhöhen. Sollte sich das Unternehmen weigern, sind die Zahlungen auf ein

absolutes Minimum zu reduzieren. Dieser Konflikt muss im Interesse der Berlinerinnen und Berlin ausgefochten werden, notfalls auch juristisch. Rücksicht auf Befindlichkeiten kann jetzt nicht mehr genommen werden.

Außerdem werde vom Senat erwartet, dass er einen unabhängigen Prüfdienst beauftrage, die Werkstattkapazitäten und die Ersatzteillagerbestände zu überwachen. Der Senat müsse darauf drängen, dass die S-Bahn neben den technischen Notwendigkeiten die Fahrgäste erneut entschädigt. Es könne nicht sein, dass sie für nicht erbrachte Leistungen zahlen, aber keine Wiedergutmachung erhalten, betont Henkel.

Senat macht die Schulen kaputt

Personalpolitik des Schulsenators erzürnt die Eltern



Andreas Statzkowski, MdA (CDU)

Vier Monate nach Schulbeginn fehlen immer noch Lehrer an den Berliner Schulen, um den regulären Unterricht durchführen zu können.

Noch kurz vor Weihnachten musste Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD) einräumen, dass am 1. November 2010 die Personalausstattung der Schulen nur bei 99,5

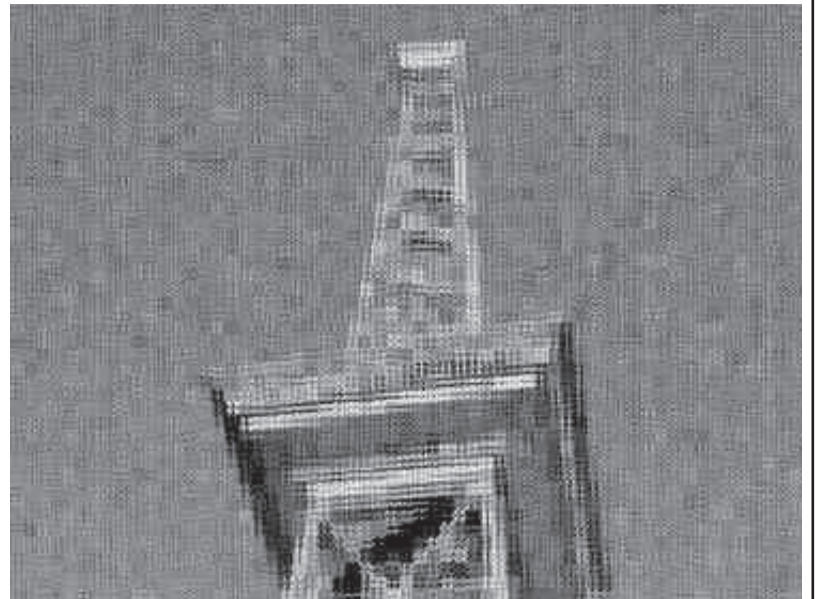
Prozent lag. Zum Schuljahresbeginn waren es nach seiner Aussage vom 8. September 2010 noch 99,7 Prozent gewesen. Das bedeutet, dass mindestens 100 Lehrer von Anfang an fehlten. Die immer wieder von ihm zugesagten 100 Prozent sind also bis heute reine Sprechblasen. Es ist deshalb eine Frechheit, die Einstellung von 200 Lehrkräften als Erfolg zu verkaufen. Die Berliner Eltern haben es satt, von Bildungsminister Zöllner ständig an der Nase herumgeführt zu werden.

Anstatt die Schulen bedarfsgerecht auszustatten, nahm die Lehrerversorgung offenbar immer weiter ab und der Unterrichtsausfall zu. Da jeden Monat etwa 85 Lehrer aus dem aktiven Dienst ausscheiden - also auch im Dezember, Januar und Februar -, verringert sich mit dem Abwarten der Einstellung der bereits zum 1. November 2011 fehlenden Lehrer die Anzahl der Lehrer erneut. Entweder bekommt es die Se-

natsverwaltung einfach nicht hin, die Lehrer rechtzeitig einzustellen, oder sie sparen bewusst die Mittel ein - auch auf Kosten der Gesundheit der Lehrkräfte.

Die Berliner Schüler haben Anspruch auf eine hundertprozentige Ausstattung ihrer Schulen. Wenn dies ein halbes Schuljahr lang nicht erreicht werden kann, verstößt die Senatsverwaltung gegen ihre Pflichten. Der Schulpflicht muss auch eine Unterrichtsgarantie gegenüberstehen. Der Abgeordnete Andreas Statzkowski (CDU) fordert Senator Zöllner auf, sofort alle befristeten Verträge zu entfristen und zusätzlich die 200 Lehrer sofort einzustellen. Dabei ist es ein Skandal, dass leitende Mitarbeiter der Senatsbildungsverwaltung in Charlottenburg-Wilmersdorf in der Öffentlichkeit die Meinung vertreten, dass selbst eine Deckung von nur 80% des Personalbedarfs ausreichen würde!

Preisausschreiben



Gewinnen Sie mit der City-Rundschau:
Um welches Bauwerk in Charlottenburg-Wilmersdorf handelt es sich?

Lösungen senden Sie bitte bis zum 31.03.2011 an:
Postfach 100167
10585 Berlin

Preis: Buchgutschein (30€)

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Mitglieder des CDU-Kreisverbandes Charlottenburg-Wilmersdorf sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

Leserbriefe, Anregungen und Fragen

richten Sie bitte an:



**City-Rundschau
für Charlottenburg-Wilmersdorf
Postfach 100167
10585 Berlin**

oder melden Sie sich per E-Mail unter:
redaktion@city-rundschau.de

Ihre City-Rundschau-Redaktion

Für alle Fälle... City-Rundschau informiert:

NOTFALLNUMMERN	
Polizei, Tel.:	110
Feuerwehr, Tel.:	112
Apothekennotdienst, Tel.:	31 00 31
Ärztlicher Bereitschaftsdienst, Tel.:	31 00 31
Zahnärztliche Bereitschaft, Tel.:	89 00 43 33
Kinderärztlicher Notdienst, Tel.:	31 00 31
Jugendnotdienst, Tel.:	349 99 34
Frauennotdienst/Frauenhaus Caritas, Tel.:	8 51 10 18
Drogennotdienst, Tel.:	192 37
Giftnotruf, Tel.:	192 40
STÖRUNGEN	
Berliner Wasserbetriebe, Tel.:	0800 292 75 87
Telekom, Tel.:	0800 330 20 00
Gasag, Tel.:	78 72 72
Vattenfall, Tel.:	0180 211 25 25
VERKEHR	
BVG, Tel.:	194 49
S-Bahn, Tel.:	29 74 33 33
ANSPRECHPARTNER BEI SCHULPROBLEMEN	
Leiter des Schulpsychologischen Beratungszentrums - Dr. Wolfgang Dutka 9029 16841	
Leiter der Außenstelle der Senatsbildungsverwaltung - Günther Kuhring 9029 16562	
BÜRGERAMT	
Terminvereinbarung Tel.:	0 29 12 236/-13 562
Sozialamt, Fehrbelliner Platz 4, Leitung Tel.:	02 91 57 53
Umweltamt, Fehrbelliner Platz 4, Tel.:	902 91 45 01
Ordnungsamt, Hohenzollerndamm 174-177, Tel.:	90 29 29 000
POLIZEIABSCHNITTE	
22, Charlottenburger Chaussee 75, Tel.:	46 64 222 701
24, Kaiserdamm 1, Tel.:	46 64 224 701
25, Kurfürstendamm 142, Tel.:	46 64 225 701
26, Rudolphstädter Straße 79, Tel.:	46 64 226 701
27, Bismarckstraße 111, Tel.:	46 64 227 701

VERANSTALTUNGEN IN CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF

"Sind unsere Kinder noch zu retten?"

Dienstag, den 25. Januar 2011, um 19.00 Uhr
Maßnahmen gegen familiäre Gewalt und Vernachlässigung. Mit Beate Blechinger, MdL Räume der syrisch-orthodoxen Gemeinde Mor Afrem e.V., Mindener Straße 1, 10589 Berlin (Ecke Mierendorffstraße)

"Eine saubere Stadt ist schöner, eine schöne Stadt ist sicher" - Bauplanung und das Erscheinungsbild einer Stadt unter dem Gesichtspunkt der Kriminalprävention

Donnerstag, 27. Januar 2011, 19.00 Uhr
mit Klaus-Dieter Gröhler (CDU), stv. Bezirksbürgermeister und Baustadtrat; Ratskeller Charlottenburg, Figurensaal, Otto-Suhr-Allee 102

Kommunalpolitische Kaffeerunde mit dem Bezirksverordneten Albrecht Förschler

Donnerstags, 17. Februar 2011 und 17. März 2011, jeweils um 15.30 Uhr
Raum 3100, Rathaus Wilmersdorf, Anmeldung unter der Telefonnummer 9029-14906

Bildungspolitischer Stammtisch

Dienstag, 15. Februar 2011 und 15. März 2011, jeweils um 18.00 Uhr
Restaurant Tutti Gusto, Heerstraße Ecke Frankenallee

Kommunalpolitischer Spaziergang durch Westend

Samstags, 19. Februar 2011 und 19. März 2011, jeweils 12.00 Uhr
Treffpunkt im Februar: U-Bhf. Neu-Westend, Treffpunkt im März: S-Bhf. Heerstraße

"Hat der ehrbare (Bank-)Kaufmann noch eine Zukunft? Das Geschäftsgebaren der Finanzindustrie nach der Krise"

Dienstag, den 22. Februar 2011, um 19.00 Uhr
Moderation: Dr. Michael Garmer, Haus des Wirtschaftsrates, Luisenstraße 44, 10117 Berlin-Mitte

Dämmerschoppen des Westender Wahlkreisabgeordneten Andreas Statzkowski

Mittwochs, 23. Februar 2011 und 23. März 2011, jeweils 19.00 Uhr
Chinesisches Restaurant an der Olympischen Brücke, Olympische Str. Ecke Westendallee

Landespolitische Kaffeerunde mit dem Abgeordneten Andreas Statzkowski

Donnerstags, 3. März 2011 und 14. April 2011, jeweils um 12.00 Uhr
Casino des Berliner Abgeordnetenhauses, Niederkirchner Str.5, Anmeldung unter: 36992677

Unser kostenfreies Angebot an Sie:

- Orientierungskurs bei der Entscheidung eine Pflege zu übernehmen
- Darstellung des Krankheitsbildes und Umgang mit Demenzerkrankten, Validationseinführung
- Darstellung des Krankheitsbildes und Umgang mit Multiple Sklerose
- Darstellung des Krankheitsbildes und Umgang mit Parkinson Erkrankten
- Darstellung des Krankheitsbildes und Umgang mit Schlaganfall Erkrankten
- Sterbebegleitung
- Pflegeberatung in der Häuslichkeit
- Pflegekurs mit einem allgemeinen Einblick in die Pflegesituation, im Rahmen von 15 Doppelstunden
- Rückenschulung unter dem Aspekt, Heben, Tragen und Lagern in der Pflegesituation

Die Kurstermine und Veranstaltungsorte erfragen Sie bitte bei PREMIO



Christine Schmidt
Großbeerenstr. 15
10963 Berlin
Tel. (030) 693 21 64
Mobil (0171) 19 19 811
im Internet: www.premioberlin.de

Wenn Nebelschwaden wabern... der Beginn des grauen Stars

Beim Grauen Star, dem Katarakt, ist die Linse getrübt. Sie wird grau und immer undurchsichtiger. Typisch für diese Krankheit ist, dass sie meist im hohen bis sehr hohen Lebensalter auftritt. Das Hauptsymptom ist ein langsamer, schmerzloser Sehverlust. Es kommt zu einer als „Verschwommensehen“ beschriebenen Abnahme der Sehschärfe, die sich auch mit einer Brille nicht mehr korrigieren lässt. Es tritt eine zunehmende Blendempfindlichkeit ein, da durch die Linsentrübung eine diffuse Lichtbrechung auftritt. Ebenfalls reduziert sich das Sehvermögen bei geringem Kontrast, so dass die Patienten die Welt „wie durch einen Nebel“ oder durch eine stark verschmutzte, leicht bräunlich getönte Sonnenbrille sehen. Gelegentlich werden auch Doppelbilder wahrgenommen, die beim Schließen des anderen Auges nicht verschwinden. Die Fähigkeit, räumlich zu sehen, wird mehr und mehr eingeschränkt.

Diese Einschränkung im Sehvermögen behindert in der täglichen Lebensführung und macht viele Aktivitäten des täglichen Lebens nicht mehr möglich. Beim Grauen Star bemerkt der Patient die fortschreitende Sehverschlechterung meist selbst und geht von sich aus zum Augenarzt. Die optimale Therapie

rapie ist eine Kataraktoperation. Bei dieser Operation wird die Linse durch eine klare Kunststofflinse ersetzt. Nach der Operation wird das operierte Auge mit einem Verband abgedeckt, der bei komplikationslosem Verlauf erstmals am Tag darauf für kurze Zeit abgenommen wird. Der erste Eindruck der meisten Patienten ist, dass sie Farben viel kräftiger als vorher sehen und das Bild insgesamt heller bis zu einer leichten Blendung ist.

Wenn beide Augen operiert werden, wartet man zwischen den Eingriffen etwa vier Wochen ab. Nach der zweiten Operation dauert es nochmals etwa acht Wochen, bis der Heilverlauf abgeschlossen ist und sich eine stabile Situation eingestellt hat, so dass entsprechende Brillengläser angepasst werden können.

Als Komplikationen können bei einer Kataraktoperation Infektionen im Augeninneren auftreten. Es kann auch zu einer Verletzung der nur wenige Mikrometer dicken Linsenhinterkapsel mit nachfolgendem Glaskörpervorfall, eine nach Tagen bis Wochen auftretende Schwellung der Netzhautmitte mit einhergehender Sehverschlechterung und als Spätfolge eine Eintrübung der hinteren Linsenkapsel dem so genannten „Nachstar“ kommen.

Kostenfreie Angehörigenpflegekurse PREMIO Berlin

Großbeerenstr. 15, 10963 Berlin

U- Bhf. Möckernbrücke

www.premioberlin.de

Anmeldung unter:

030 - 693 21 64
0171 - 19 19 8 11

Aktuelle Termine:

11.02.2011 von 16.00 – 21.00 Uhr
12.02.2011 von 09.00 – 16.00 Uhr
13.02.2011 von 09.00 – 16.00 Uhr

11.03.2011 von 16.00 – 21.00 Uhr
12.03.2011 von 09.00 – 16.00 Uhr
13.03.2011 von 09.00 – 16.00 Uhr

08.04.2011 von 16.00 – 21.00 Uhr
09.04.2011 von 09.00 – 16.00 Uhr
10.04.2011 von 09.00 – 16.00 Uhr

Loch an Loch - und es hält noch...

(Fortsetzung von Seite 1)

standort Berlin und viele ältere Menschen haben heftige Probleme beim Benutzen der unebenen Straßen. Der Senat denkt inzwischen wieder über ein „Schlaglochbeseitigungsprogramm“ nach. Doch das ist genau der falsche Ansatz! Die Bezirke brauchen nicht dauernd kleine Beträge zum Aus-

bessern von Schadstellen. Die Tiefbauunterhaltung muss wirtschaftlich und effektiv ausgestaltet werden, mit anderen Worten: Um den Verschleiß zu stoppen, müssen pro Bezirk in den nächsten 15 Jahren jeweils mindestens 10 Mio. Euro ausgegeben werden und danach jährlich 5 Mio. Euro, das

kommt übrigens dann auch den Tiefbaufirmen der Region Berlin-Brandenburg zugute. Alles andere ist Stückwerk und wird unter dem Strich teurer. Die Landesregierung ist gefordert, hier endlich Vernunft zu zeigen!

Tanzschule BROADWAY Freizeit in Stereo.
Wöchentlich mehr als 200 Stunden Freizeit, Fitness & Fun
Am besten, Sie buchen noch heute!
Gesellschaftstanz für alle Alters- und Leistungsklassen

- Hochzeits- und Crashkurse	- Videoclip-Dancing/ Hip Hop
- Discofox	- Discodance
- Salsa/Merengue/Bachata	- Tango Argentino
- Rock'n'Roll/Swing	- Jazz-/Musical-Dance
- Flamenco	- Kindertanz
- Bauchtanz	- Seniorentanz
- Ballett/Gymnastik/Aerobic	- Das Tanzschuljahr

Jeden Monat neue Grundkurse - Gemütliche Gastronomie
- Raumvermietung - Veranstaltungen

Ankaniemng 105 • 13585 Berlin • www.tanzschule-broadway.de
info@tanzschule-broadway.de • Telefon 030/375 20 20 • Telefax 030/375 95 802

Hunde - Haftpflicht
44,09 € jährlich

Private - Haftpflicht
43,52 € jährlich

Die Angebote gelten für über 55 jährige Antragsteller.
Die Deckungssummen belaufen sich auf
6 Mio. € für Personen und Sachschäden.
(mit Wechsel-Service)

Ihr Ansprechpartner - VPV - Generalagentur
Thomas Howitz - Tel. 030 / 30 10 99 56




Wo geht die rot-rot-grüne Reise hin?